Zwischen Terror und Integration

Es geht um die Freiheit, ein eigenes Leben zu führen.
Es geht um das Recht, Rechte zu haben.
Es geht um Empathie und Hilfsbereitschaft.
Das sind universale Werte. Sie dürfen nicht zur Disposition gestellt werden – auch wenn menschenverachtende Gewalt und die Aufnahme von einer Million Flüchtlingen für Deutschland durchaus Zumutungen mit sich bringt.

Von Wolfgang Huber

Franzosen haben kurze Beine, alle Franzosen haben kurze Beine. Seit meiner Jugend begleitet mich dieses Beispiel für die Bildung von Stereotypen. Da ich jenseits des Rheins, in Straßburg im Elsass, zur Welt kam und diesseits des Rheins, in Freiburg vor allem, aufwuchs, war mir die geschichtsprägende Bedeutung von Feindbildern und die lebensnotwendige Aufgabe, sie aufzulösen, von Kindheit an vertraut. Frankreich war vor der Haustür. Die Erfahrung, dass Feindbilder nicht ohne eine selbstkritische Aufarbeitung der eigenen Geschichte zu überwinden sind, war unausweichlich. Dann kam noch die Einsicht dazu, dass solche Selbstkritik auch vom anderen zu erwarten ist, wenn es zu einem offenen, unverkrampften Verhältnis zueinander kommen soll. So habe ich als Jugendlicher den Weg zur deutsch-französischen Freundschaft am eigenen Leibe erlebt.

Nicht alle Franzosen haben kurze Beine; und kein Mensch wird durch die Länge seiner Beine definiert. Denn jeder hat eine komplexe Identität, die sich nicht auf ein Merkmal reduzieren lässt. Jeder Mensch hat den Wunsch, dass diese komplexe Identität geachtet wird. Trotzdem nehmen wir andere allzu gern und immer wieder in vereinfachten Schemata wahr. Am einfachsten ist es, wenn wir sie auf ein einziges Merkmal reduzieren können. „Moslem“ ist ein derartiges Merkmal; wenn wir Migranten als „Muslime“ bezeichnen, meinen wir, bereits das Nötige über sie gesagt zu haben. Der aus Indien stammende Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften Amartya Sen nennt das die Identitätsfalle. Er hält sie für einen der größten Konflikttreiber der Gegenwart.

Aus Furcht vor dieser Falle neigen manche in Umkehrung einer solchen Tendenz dazu, am andern nur das Beste wahrzunehmen, unangenehme Entgleisungen als Einzelfälle abzutun und gut christlich alle Dinge zum Besten zu kehren, nämlich unter den Teppich. Die merkwürdigen Verkrampfungen, die sich daraus ergeben, haben wir

Zuwanderung steuert man durch Bändigung von Fluchtursachen und nicht per Definition von Obergrenzen

in den vergangenen zwei Wochen an der teilweise gespenstischen Diskussion über die Silvestervorfälle in Köln erleben können. Während schon die ganze Welt erregt darüber diskutierte, wie es zwischen Kölner Dom und Hauptbahnhof zu massenhaften gewaltsamen Übergriffen und sexuellen Tätlichkeiten gegen Frauen kommen konnte, meinte Jakob Augstein, sonst für manchen treffenden Kommentar bekannt, noch, das sei doch nur von lokalem, allenfalls regionalem Interesse. Und während die einen noch meinten, die Herkunft der Täter dürfe aus Gründen der Political Correctness gar nicht erwähnt werden, waren andere schon der Meinung, die Täter unter den Flüchtlingen des Jahres 2015 ausmachen zu können, obwohl sich doch unter diesen nicht gerade besonders viele Marokkaner und Algerier befanden. Verharmlosung auf der einen, Polarisierung auf der anderen Seite – einen Mittelweg zwischen diesen beiden Möglichkeiten kann man in Deutschland nicht leicht finden.

Das gilt ganz besonders im Umgang mit Flüchtlingen und Zuwanderern. Der Soziologe Armin Nassehi sieht den Grund dafür in einer über lange Zeit missglückten Debatte über die Zuwanderung in Deutschland. Die eine Seite, so heißt seine Diagnose, habe sich über lange Zeit der Debatte mit der Behauptung verweigert, Deutschland sei kein Einwanderungsland. „Die andere Seite wollte lieber nicht darüber sprechen, dass Einwanderung auch Probleme produziert.“

Die Polarisierung, deren Ansätze wir gegenwärtig in der deutschen Öffentlichkeit beobachten können, ist deshalb zu einem erheblichen Teil selbst gemacht. In ihr melden sich die Folgen einer versäumten öffentlichen Diskussion. Das Bewusstsein dafür, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, ließ ebenso auf sich warten wie die Einsicht, dass die Anerkennung des Fremden auch eine wache Aufmerksamkeit dafür einschließen muss, dass Verschiedenheit nicht nur bequem und erfreulich ist.

Nun holen uns diese Einsichten in gedrängter Form ein. Einerseits durch den Terror, der auch nach Europa greift, andererseits durch die Zuwanderung von Flüchtlingen, die uns vor neue Aufgaben stellt. Ich nenne beide Phänomene nicht deshalb in einem Atemzug, weil ich zwischen ihnen eine unmittelbare Verbindung herstellen will. „Zwischen Terror und Integration“ befinden wir uns vielmehr deshalb, weil wir uns fragen müssen, ob wir uns in der Reaktion auf diese Phänomene von denselben Wertmaßstäben leiten lassen.

Um welche Wertmaßstäbe kann es dabei gehen? Nach den terroristischen Anschlägen in Paris am 13. November 2015 wurde gefragt, wie wir angesichts des Terrors von Paris „unsere Werte“ verteidigen. Welche Werte sind gemeint? In einer Fernsehsendung sollte eine Bildsequenz verdeutlichen, worum es geht: ausgelassenes Feiern, ein abendliches Getränk im Straßencafé, das Recht, sich so zu kleiden und zu leben, wie man möchte, offene Gesichter und offene Haare, Toleranz für unterschiedliche Lebensformen, Gleichberechtigung von Frauen und Männern.

Das war das Leben, in das am 13. November in Paris hineingeschossen wurde. Diese Art zu leben sollte verwüstet werden. Die beispielhaft gezeigten Bilder holten die so oft beschworenen „Werte“ auf den Boden von Paris, zeigten die Lebensfreude, die so jäh abbrach wie das Rockkonzert, das im Bekennerschreiben des IS als eine „perverse Feier“ bezeichnet wurde. Die Reaktion war nachvollziehbar: Wir lassen uns nicht einschüchtern, wir feiern weiter. Auch Großveranstaltungen finden weiterhin statt, Fußball-Länderspiele eingeschlossen. Das am 16. November in Hannover geplante Länderspiel fiel allerdings aus.

Niemand will in Europa der Terrormiliz „Islamischer Staat“ Raum dafür geben, dass sie gegen „unsere Art zu leben“ Krieg führt. Konsequenterweise muss man ihr aber auch das Recht verweigern, die Fragestellung zu diktieren. Es geht nicht nur um einen Konflikt zwischen den islamistisch verstandenen Werten des Islam und westlichen Werten, es geht nicht um einen Clash of Civilisations. Es geht um mehr als um unseren Lebensstil. Es geht um die Freiheit, ein eigenes Leben zu führen, selbstständige Entscheidungen zu treffen, ein eigener Mensch zu sein.

Diese Freiheit wird auch an anderen Orten bedroht. Es ist kein gutes Zeichen, wenn wir erst aufmerken, sobald uns diese Bedrohung nahe rückt. Vor den Attentaten in Paris wurden am 31. Oktober des vergangenen Jahres 224 Menschen Opfer des Terroranschlags auf eine russische Passagiermaschine über dem Sinai. Nach Tausenden zählt die Zahl der Terroropfer aus Syrien und dem Irak, die der IS auf dem Gewissen hat. Wo Leben und Freiheit bedroht sind, geht es nicht einfach um westliche Werte. Es geht um das Recht, Rechte zu haben. Es geht um das Recht auf Religionsfreiheit, wie die große Zahl von Jesiden und Christen zeigt, die auf mörderische Weise vom IS exekutiert werden. Es geht um das Recht, ein eigener Mensch zu sein, und damit um das Recht, verschieden zu sein.

Gibt es Werte darüber hinaus, an die wir uns nach den Herausforderungen des vergangenen Jahrs erinnern? Eine Zeitungsnotiz berichtet über arglose Beobachtungen im Berliner Großstadtverkehr. Eine junge Frau geht bei Rot über die Straße, eine Radfahrerin bremst noch rechtzeitig ab; nach einem Moment des Schreckens müssen beide lachen und ziehen weiter. Zwei Rollstuhlfahrer versuchen, die Bordsteinkante zu überwinden. Schließlich hilft eine ältere Frau ihnen; die Herren bedanken sich lächelnd. Eine ältere Frau hat sich mit ihrem Rollator in einer Haustür verkeilt; ein Mädchen löst das Problem und erntet freundlichen Dank. Hilfsbereitschaft dieser Art gehört zu unserer Lebensform. Sie ist aber auch anderen Kulturen vertraut. Sie trägt universalen Charakter. Auf die eine oder andere Weise begegnet uns in vielen Kulturen die goldene Regel, nach der wir andere Menschen so behandeln sollen, wie wir auch von ihnen behandelt zu werden hoffen. Forscher bestätigen, dass die Empathie tief in der Entstehungsgeschichte der Menschheit verankert ist; wo sie verschwindet, wird das Leben schwer. Dass in einer weitgehend auf Wettbewerb getrimmten Gesellschaft die Empathie Not leidet, ist einer der Gründe, weshalb wir nur selbstkritisch darauf schauen können, wie der Westen mit den Werten umgeht, die er für die seinigen hält und die mit guten Gründen für alle gelten können.

Die Fähigkeit zur Empathie ist nicht überholt; sie erschließt sich immer dann, wenn wir einem anderen Menschen persönlich begegnen, ihm ins Gesicht schauen, die gemeinsame Wirklichkeit mit seinen Augen sehen. Mit anstößiger Klarheit tritt das biblische Liebesgebot für solche Empathie ein, indem es fordert, sich sogar um den Feind zu sorgen und dem Fremden freundlich zu begegnen. Gerade in einer Welt, in der Vielfalt zu den Kennzeichen fast aller Gesellschaften gehört, erweist sich solche Empathie als notwendig. Es ist schwer zu ertragen, wenn jemand die Empörung über die Terrorakte in Paris dazu benutzt, die Empathie gegenüber denen aufzukündigen, die vor dem Terror in ihrer eigenen Heimat geflohen sind.

Wir reden also nicht über kulturell begrenzte Werte, auch nicht über eine national aufgeladene Leitkultur; sondern das Zusammenleben der Verschiedenen muss sich auf universale Normen und interkulturelle tragfähige Regeln stützen. Solche Normen und Regeln gibt es; sie wurden aus der Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts geboren. Auch in der Vorgeschichte der modernen Menschenrechte sind die Leiderfahrungen, die sich aus der Verweigerung von Rechten ergeben, mindestens so wichtig wie die guten Gründe für die gleiche Würde aller Menschen, die in der Aufklärung aus der Vernunftnatur des Menschen hergeleitet und schließlich auch von den Kirchen mit dem biblischen Gedanken verknüpft wurden, dass jeder Mensch zu Gottes Ebenbild geschaffen ist. Doch die Anerkennung universaler Menschenrechte führt über solche kulturellen Verwurzelungen hinaus. Sie war nicht eine Kopfgeburt, sondern die Antwort auf abgründige Erfahrungen. Dass diese Rechte eingefordert werden, ist das Resultat geschichtlicher Erschütterungen. Im Zeitalter der Weltkriege musste die weltweite Geltung dieser Rechte eingefordert werden. Im Zeitalter der Globalisierung muss sie erst recht Anerkennung finden.

Einsprüche gegen diese universalen Normen wurden immer wieder laut. Im Namen der „asiatischen Werte“ wurde seit den 1990ern geltend gemacht, die Menschenrechte missachteten die Bedeutung der Familie und anderer Gemeinschaftsformen. Heute wird die vermeintliche Überlegenheit des Islam dafür in Anspruch genommen, einen „heiligen Krieg“ gegen den „dekadenten Westen“ zu führen.

Man darf sich der Vorstellung nicht beugen, es gehe hier nur um die Differenz kultureller Lebensformen. Es geht um das Existenzrecht von Tausenden, die im Nahen Osten Opfer des Dschihad werden, ebenso wie um den Schutz vor tötender Gewalt in Europa. Es geht um die Bewahrung des kulturellen Welterbes in Syrien und im Irak genauso wie um die Freiheit eines selbstbestimmten Lebens in Europa. Es geht um Normen, deren universale Geltung nicht zur Disposition gestellt werden darf. Auch nicht im Namen einer Religion.

Kein Zweifel: Auch im Namen einer Religion können barbarische Handlungen verübt werden; die Geschichte des Christentums weist dafür eine bedrückende Kette von Beispielen auf. In der Auseinandersetzung mit der Barbarei unserer Tage besteht zu christlicher Selbstgerechtigkeit oder zu einem westlichen Überlegenheitsgefühl kein Grund. An demütiger Selbstkritik vorbei können das Christentum oder der Westen kein geklärtes Verhältnis zur eigenen Identität und Kultur entwickeln. Navid Kermani hat uns das in seiner Friedenspreisrede eingeschärft. Lassen Sie mich die Sätze von Navid Kermani zitieren, auf die es mir in diesem Zusammenhang ankommt: Die Liebe zum Eigenen – zur eigenen Kultur wie zum eigenen Land und genauso zur eigenen Person – erweist sich in der Selbstkritik. Die Liebe zum anderen –

Es ist derzeit nicht leicht, einen Mittelweg zu finden zwischen Verharmlosung und Polarisierung

zu einer anderen Person, einer anderen Kultur und selbst zu einer anderen Religion – kann viel schwärmerischer, sie kann vorbehaltlos sein. Richtig, die Liebe zum anderen setzt die Liebe zu sich selbst voraus. Aber die Selbstliebe muss, damit sie nicht der Gefahr des Narzissmus, des Selbstlobs, der Selbstgefälligkeit unterliegt, eine hadernde, zweifelnde, stets fragende sein. Wie sehr gilt das für den Islam heute! Wer als Muslim nicht mit ihm hadert, nicht an ihm zweifelt, nicht ihn kritisch befragt, der liebt den Islam nicht.

Man muss darauf hoffen, dass Navid Kermanis Vorbild Schule macht: Einer, der die Schönheit des Koran entdeckt und die Tiefe der mystischen Tradition im Islam in sich aufgenommen hat, wehrt sich gegen den Missbrauch seiner Religion zur Rechtfertigung von Gewalt und stellt sich auf die Seite der Opfer. Hoffen muss man allerdings auch, dass solche Stimmen in der deutschen und europäischen Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Wer davon überzeugt ist, dass die Kritik an beunruhigenden Entwicklungen im Islam vor allem in der Gestalt islamischer Selbstkritik erfolgen muss, sollte wenigstens darauf achten, wo dies geschieht.

Freiheit und Empathie, das Eintreten für gleiche Menschenrechte und gegen den Missbrauch der Religion, Selbstkritik, Integrationsbereitschaft und Bürgermut – sogar der Schrecken kann uns zur Klarheit über die Werte verhelfen, die uns wichtig sind.

Vom Terror habe ich deshalb gesprochen, weil ich deutlich machen will: Bei der Aufnahme von Fremden können keine anderen Werte im Spiel sein als diejenigen, die wir menschenverachtenden Terroraktionen entgegenhalten: Freiheit und Empathie, Menschenrechte und verantwortlicher Umgang mit Religion, Bürgermut und Integration. Soweit wir von Zahlen sprechen, hat insbesondere die Empathie es schwer. Denn Empathie entsteht, wenn wir das Gesicht eines anderen Menschen sehen und seinen Namen kennen. Wie viel war in den letzten Wochen von Zahlen die Rede – und wie wenig von Menschen.

Wenden wir uns trotzdem für einen Augenblick den Zahlen zu, die seit einigen Tagen bekannt sind. Diejenigen hatten Recht, die mit mehr als einer Million Flüchtlinge in Deutschland im Jahr 2015 gerechnet hatten. Doch es empfiehlt sich, diese Zahl in einen globalen Kontext zu stellen. Denn Menschen auf der Flucht sind ein weltweites Phänomen. Wenn wir überhaupt von einer Flüchtlingskrise sprechen wollen, dann vor allem im Blick auf ihren globalen Charakter. Innerhalb eines Jahrzehnts hat sich die Zahl der Menschen, die sich weltweit auf der Flucht befinden, nahezu verdoppelt. 2014 lag sie noch knapp unter 60 Millionen, im Jahr 2015 waren es über 62 Millionen. Jeden Tag fliehen 42 500 Menschen, 2010 waren es nur knapp 11 000. Am dramatischsten ist die Flüchtlingslage in Syrien, wo der Bürgerkrieg 11,5 Millionen, das heißt die Hälfte der Bevölkerung, in die Flucht getrieben hat. Der größere Teil von ihnen musste sich im Land selbst als Binnenflüchtling eine Bleibe suchen, der kleinere Teil – etwa vier Millionen – ging außer Landes, vor allem in den Libanon, nach Jordanien und in die Türkei. Überhaupt bleiben die meisten Flüchtlinge in ihrer Heimatregion; auch damit hängt es zusammen, dass 84 Prozent der Menschen, die weltweit auf der Flucht sind, sich in Entwicklungsländern befinden. Dennoch kamen allein im Jahr 2015 2,5 Millionen Flüchtlinge nach Europa; 40 Prozent von ihnen suchten in Deutschland Zuflucht. Nach den Vorstellungen der EU-Kommission hätte Deutschland weniger als die Hälfte aufnehmen sollen. Das unterstreicht die Ausnahmesituation, die in diesem Jahr entstanden ist.

Diese Ausnahmesituation erforderte eine außergewöhnliche Kraftanstrengung, der das Wort von Angela Merkel gewidmet war: „Wir schaffen das.“

Zwischen Terror und Integration

Es geht um die Freiheit, ein eigenes Leben zu führen.
Es geht um das Recht, Rechte zu haben.
Es geht um Empathie und Hilfsbereitschaft.
Das sind universale Werte. Sie dürfen nicht zur Disposition gestellt werden – auch wenn menschenverachtende Gewalt und die Aufnahme von einer Million Flüchtlingen für Deutschland durchaus Zumutungen mit sich bringt.

Von Wolfgang Huber

Franzosen haben kurze Beine, alle Franzosen haben kurze Beine. Seit meiner Jugend begleitet mich dieses Beispiel für die Bildung von Stereotypen. Da ich jenseits des Rheins, in Straßburg im Elsass, zur Welt kam und diesseits des Rheins, in Freiburg vor allem, aufwuchs, war mir die geschichtsprägende Bedeutung von Feindbildern und die lebensnotwendige Aufgabe, sie aufzulösen, von Kindheit an vertraut. Frankreich war vor der Haustür. Die Erfahrung, dass Feindbilder nicht ohne eine selbstkritische Aufarbeitung der eigenen Geschichte zu überwinden sind, war unausweichlich. Dann kam noch die Einsicht dazu, dass solche Selbstkritik auch vom anderen zu erwarten ist, wenn es zu einem offenen, unverkrampften Verhältnis zueinander kommen soll. So habe ich als Jugendlicher den Weg zur deutsch-französischen Freundschaft am eigenen Leibe erlebt.

Nicht alle Franzosen haben kurze Beine; und kein Mensch wird durch die Länge seiner Beine definiert. Denn jeder hat eine komplexe Identität, die sich nicht auf ein Merkmal reduzieren lässt. Jeder Mensch hat den Wunsch, dass diese komplexe Identität geachtet wird. Trotzdem nehmen wir andere allzu gern und immer wieder in vereinfachten Schemata wahr. Am einfachsten ist es, wenn wir sie auf ein einziges Merkmal reduzieren können. „Moslem“ ist ein derartiges Merkmal; wenn wir Migranten als „Muslime“ bezeichnen, meinen wir, bereits das Nötige über sie gesagt zu haben. Der aus Indien stammende Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften Amartya Sen nennt das die Identitätsfalle. Er hält sie für einen der größten Konflikttreiber der Gegenwart.

Aus Furcht vor dieser Falle neigen manche in Umkehrung einer solchen Tendenz dazu, am andern nur das Beste wahrzunehmen, unangenehme Entgleisungen als Einzelfälle abzutun und gut christlich alle Dinge zum Besten zu kehren, nämlich unter den Teppich. Die merkwürdigen Verkrampfungen, die sich daraus ergeben, haben wir

Zuwanderung steuert man durch Bändigung von Fluchtursachen und nicht per Definition von Obergrenzen

in den vergangenen zwei Wochen an der teilweise gespenstischen Diskussion über die Silvestervorfälle in Köln erleben können. Während schon die ganze Welt erregt darüber diskutierte, wie es zwischen Kölner Dom und Hauptbahnhof zu massenhaften gewaltsamen Übergriffen und sexuellen Tätlichkeiten gegen Frauen kommen konnte, meinte Jakob Augstein, sonst für manchen treffenden Kommentar bekannt, noch, das sei doch nur von lokalem, allenfalls regionalem Interesse. Und während die einen noch meinten, die Herkunft der Täter dürfe aus Gründen der Political Correctness gar nicht erwähnt werden, waren andere schon der Meinung, die Täter unter den Flüchtlingen des Jahres 2015 ausmachen zu können, obwohl sich doch unter diesen nicht gerade besonders viele Marokkaner und Algerier befanden. Verharmlosung auf der einen, Polarisierung auf der anderen Seite – einen Mittelweg zwischen diesen beiden Möglichkeiten kann man in Deutschland nicht leicht finden.

Das gilt ganz besonders im Umgang mit Flüchtlingen und Zuwanderern. Der Soziologe Armin Nassehi sieht den Grund dafür in einer über lange Zeit missglückten Debatte über die Zuwanderung in Deutschland. Die eine Seite, so heißt seine Diagnose, habe sich über lange Zeit der Debatte mit der Behauptung verweigert, Deutschland sei kein Einwanderungsland. „Die andere Seite wollte lieber nicht darüber sprechen, dass Einwanderung auch Probleme produziert.“

Die Polarisierung, deren Ansätze wir gegenwärtig in der deutschen Öffentlichkeit beobachten können, ist deshalb zu einem erheblichen Teil selbst gemacht. In ihr melden sich die Folgen einer versäumten öffentlichen Diskussion. Das Bewusstsein dafür, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, ließ ebenso auf sich warten wie die Einsicht, dass die Anerkennung des Fremden auch eine wache Aufmerksamkeit dafür einschließen muss, dass Verschiedenheit nicht nur bequem und erfreulich ist.

Nun holen uns diese Einsichten in gedrängter Form ein. Einerseits durch den Terror, der auch nach Europa greift, andererseits durch die Zuwanderung von Flüchtlingen, die uns vor neue Aufgaben stellt. Ich nenne beide Phänomene nicht deshalb in einem Atemzug, weil ich zwischen ihnen eine unmittelbare Verbindung herstellen will. „Zwischen Terror und Integration“ befinden wir uns vielmehr deshalb, weil wir uns fragen müssen, ob wir uns in der Reaktion auf diese Phänomene von denselben Wertmaßstäben leiten lassen.

Um welche Wertmaßstäbe kann es dabei gehen? Nach den terroristischen Anschlägen in Paris am 13. November 2015 wurde gefragt, wie wir angesichts des Terrors von Paris „unsere Werte“ verteidigen. Welche Werte sind gemeint? In einer Fernsehsendung sollte eine Bildsequenz verdeutlichen, worum es geht: ausgelassenes Feiern, ein abendliches Getränk im Straßencafé, das Recht, sich so zu kleiden und zu leben, wie man möchte, offene Gesichter und offene Haare, Toleranz für unterschiedliche Lebensformen, Gleichberechtigung von Frauen und Männern.

Das war das Leben, in das am 13. November in Paris hineingeschossen wurde. Diese Art zu leben sollte verwüstet werden. Die beispielhaft gezeigten Bilder holten die so oft beschworenen „Werte“ auf den Boden von Paris, zeigten die Lebensfreude, die so jäh abbrach wie das Rockkonzert, das im Bekennerschreiben des IS als eine „perverse Feier“ bezeichnet wurde. Die Reaktion war nachvollziehbar: Wir lassen uns nicht einschüchtern, wir feiern weiter. Auch Großveranstaltungen finden weiterhin statt, Fußball-Länderspiele eingeschlossen. Das am 16. November in Hannover geplante Länderspiel fiel allerdings aus.

Niemand will in Europa der Terrormiliz „Islamischer Staat“ Raum dafür geben, dass sie gegen „unsere Art zu leben“ Krieg führt. Konsequenterweise muss man ihr aber auch das Recht verweigern, die Fragestellung zu diktieren. Es geht nicht nur um einen Konflikt zwischen den islamistisch verstandenen Werten des Islam und westlichen Werten, es geht nicht um einen Clash of Civilisations. Es geht um mehr als um unseren Lebensstil. Es geht um die Freiheit, ein eigenes Leben zu führen, selbstständige Entscheidungen zu treffen, ein eigener Mensch zu sein.

Diese Freiheit wird auch an anderen Orten bedroht. Es ist kein gutes Zeichen, wenn wir erst aufmerken, sobald uns diese Bedrohung nahe rückt. Vor den Attentaten in Paris wurden am 31. Oktober des vergangenen Jahres 224 Menschen Opfer des Terroranschlags auf eine russische Passagiermaschine über dem Sinai. Nach Tausenden zählt die Zahl der Terroropfer aus Syrien und dem Irak, die der IS auf dem Gewissen hat. Wo Leben und Freiheit bedroht sind, geht es nicht einfach um westliche Werte. Es geht um das Recht, Rechte zu haben. Es geht um das Recht auf Religionsfreiheit, wie die große Zahl von Jesiden und Christen zeigt, die auf mörderische Weise vom IS exekutiert werden. Es geht um das Recht, ein eigener Mensch zu sein, und damit um das Recht, verschieden zu sein.

Gibt es Werte darüber hinaus, an die wir uns nach den Herausforderungen des vergangenen Jahrs erinnern? Eine Zeitungsnotiz berichtet über arglose Beobachtungen im Berliner Großstadtverkehr. Eine junge Frau geht bei Rot über die Straße, eine Radfahrerin bremst noch rechtzeitig ab; nach einem Moment des Schreckens müssen beide lachen und ziehen weiter. Zwei Rollstuhlfahrer versuchen, die Bordsteinkante zu überwinden. Schließlich hilft eine ältere Frau ihnen; die Herren bedanken sich lächelnd. Eine ältere Frau hat sich mit ihrem Rollator in einer Haustür verkeilt; ein Mädchen löst das Problem und erntet freundlichen Dank. Hilfsbereitschaft dieser Art gehört zu unserer Lebensform. Sie ist aber auch anderen Kulturen vertraut. Sie trägt universalen Charakter. Auf die eine oder andere Weise begegnet uns in vielen Kulturen die goldene Regel, nach der wir andere Menschen so behandeln sollen, wie wir auch von ihnen behandelt zu werden hoffen. Forscher bestätigen, dass die Empathie tief in der Entstehungsgeschichte der Menschheit verankert ist; wo sie verschwindet, wird das Leben schwer. Dass in einer weitgehend auf Wettbewerb getrimmten Gesellschaft die Empathie Not leidet, ist einer der Gründe, weshalb wir nur selbstkritisch darauf schauen können, wie der Westen mit den Werten umgeht, die er für die seinigen hält und die mit guten Gründen für alle gelten können.

Die Fähigkeit zur Empathie ist nicht überholt; sie erschließt sich immer dann, wenn wir einem anderen Menschen persönlich begegnen, ihm ins Gesicht schauen, die gemeinsame Wirklichkeit mit seinen Augen sehen. Mit anstößiger Klarheit tritt das biblische Liebesgebot für solche Empathie ein, indem es fordert, sich sogar um den Feind zu sorgen und dem Fremden freundlich zu begegnen. Gerade in einer Welt, in der Vielfalt zu den Kennzeichen fast aller Gesellschaften gehört, erweist sich solche Empathie als notwendig. Es ist schwer zu ertragen, wenn jemand die Empörung über die Terrorakte in Paris dazu benutzt, die Empathie gegenüber denen aufzukündigen, die vor dem Terror in ihrer eigenen Heimat geflohen sind.

Wir reden also nicht über kulturell begrenzte Werte, auch nicht über eine national aufgeladene Leitkultur; sondern das Zusammenleben der Verschiedenen muss sich auf universale Normen und interkulturelle tragfähige Regeln stützen. Solche Normen und Regeln gibt es; sie wurden aus der Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts geboren. Auch in der Vorgeschichte der modernen Menschenrechte sind die Leiderfahrungen, die sich aus der Verweigerung von Rechten ergeben, mindestens so wichtig wie die guten Gründe für die gleiche Würde aller Menschen, die in der Aufklärung aus der Vernunftnatur des Menschen hergeleitet und schließlich auch von den Kirchen mit dem biblischen Gedanken verknüpft wurden, dass jeder Mensch zu Gottes Ebenbild geschaffen ist. Doch die Anerkennung universaler Menschenrechte führt über solche kulturellen Verwurzelungen hinaus. Sie war nicht eine Kopfgeburt, sondern die Antwort auf abgründige Erfahrungen. Dass diese Rechte eingefordert werden, ist das Resultat geschichtlicher Erschütterungen. Im Zeitalter der Weltkriege musste die weltweite Geltung dieser Rechte eingefordert werden. Im Zeitalter der Globalisierung muss sie erst recht Anerkennung finden.

Einsprüche gegen diese universalen Normen wurden immer wieder laut. Im Namen der „asiatischen Werte“ wurde seit den 1990ern geltend gemacht, die Menschenrechte missachteten die Bedeutung der Familie und anderer Gemeinschaftsformen. Heute wird die vermeintliche Überlegenheit des Islam dafür in Anspruch genommen, einen „heiligen Krieg“ gegen den „dekadenten Westen“ zu führen.

Man darf sich der Vorstellung nicht beugen, es gehe hier nur um die Differenz kultureller Lebensformen. Es geht um das Existenzrecht von Tausenden, die im Nahen Osten Opfer des Dschihad werden, ebenso wie um den Schutz vor tötender Gewalt in Europa. Es geht um die Bewahrung des kulturellen Welterbes in Syrien und im Irak genauso wie um die Freiheit eines selbstbestimmten Lebens in Europa. Es geht um Normen, deren universale Geltung nicht zur Disposition gestellt werden darf. Auch nicht im Namen einer Religion.

Kein Zweifel: Auch im Namen einer Religion können barbarische Handlungen verübt werden; die Geschichte des Christentums weist dafür eine bedrückende Kette von Beispielen auf. In der Auseinandersetzung mit der Barbarei unserer Tage besteht zu christlicher Selbstgerechtigkeit oder zu einem westlichen Überlegenheitsgefühl kein Grund. An demütiger Selbstkritik vorbei können das Christentum oder der Westen kein geklärtes Verhältnis zur eigenen Identität und Kultur entwickeln. Navid Kermani hat uns das in seiner Friedenspreisrede eingeschärft. Lassen Sie mich die Sätze von Navid Kermani zitieren, auf die es mir in diesem Zusammenhang ankommt: Die Liebe zum Eigenen – zur eigenen Kultur wie zum eigenen Land und genauso zur eigenen Person – erweist sich in der Selbstkritik. Die Liebe zum anderen –

Es ist derzeit nicht leicht, einen Mittelweg zu finden zwischen Verharmlosung und Polarisierung

zu einer anderen Person, einer anderen Kultur und selbst zu einer anderen Religion – kann viel schwärmerischer, sie kann vorbehaltlos sein. Richtig, die Liebe zum anderen setzt die Liebe zu sich selbst voraus. Aber die Selbstliebe muss, damit sie nicht der Gefahr des Narzissmus, des Selbstlobs, der Selbstgefälligkeit unterliegt, eine hadernde, zweifelnde, stets fragende sein. Wie sehr gilt das für den Islam heute! Wer als Muslim nicht mit ihm hadert, nicht an ihm zweifelt, nicht ihn kritisch befragt, der liebt den Islam nicht.

Man muss darauf hoffen, dass Navid Kermanis Vorbild Schule macht: Einer, der die Schönheit des Koran entdeckt und die Tiefe der mystischen Tradition im Islam in sich aufgenommen hat, wehrt sich gegen den Missbrauch seiner Religion zur Rechtfertigung von Gewalt und stellt sich auf die Seite der Opfer. Hoffen muss man allerdings auch, dass solche Stimmen in der deutschen und europäischen Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Wer davon überzeugt ist, dass die Kritik an beunruhigenden Entwicklungen im Islam vor allem in der Gestalt islamischer Selbstkritik erfolgen muss, sollte wenigstens darauf achten, wo dies geschieht.

Freiheit und Empathie, das Eintreten für gleiche Menschenrechte und gegen den Missbrauch der Religion, Selbstkritik, Integrationsbereitschaft und Bürgermut – sogar der Schrecken kann uns zur Klarheit über die Werte verhelfen, die uns wichtig sind.

Vom Terror habe ich deshalb gesprochen, weil ich deutlich machen will: Bei der Aufnahme von Fremden können keine anderen Werte im Spiel sein als diejenigen, die wir menschenverachtenden Terroraktionen entgegenhalten: Freiheit und Empathie, Menschenrechte und verantwortlicher Umgang mit Religion, Bürgermut und Integration. Soweit wir von Zahlen sprechen, hat insbesondere die Empathie es schwer. Denn Empathie entsteht, wenn wir das Gesicht eines anderen Menschen sehen und seinen Namen kennen. Wie viel war in den letzten Wochen von Zahlen die Rede – und wie wenig von Menschen.

Wenden wir uns trotzdem für einen Augenblick den Zahlen zu, die seit einigen Tagen bekannt sind. Diejenigen hatten Recht, die mit mehr als einer Million Flüchtlinge in Deutschland im Jahr 2015 gerechnet hatten. Doch es empfiehlt sich, diese Zahl in einen globalen Kontext zu stellen. Denn Menschen auf der Flucht sind ein weltweites Phänomen. Wenn wir überhaupt von einer Flüchtlingskrise sprechen wollen, dann vor allem im Blick auf ihren globalen Charakter. Innerhalb eines Jahrzehnts hat sich die Zahl der Menschen, die sich weltweit auf der Flucht befinden, nahezu verdoppelt. 2014 lag sie noch knapp unter 60 Millionen, im Jahr 2015 waren es über 62 Millionen. Jeden Tag fliehen 42 500 Menschen, 2010 waren es nur knapp 11 000. Am dramatischsten ist die Flüchtlingslage in Syrien, wo der Bürgerkrieg 11,5 Millionen, das heißt die Hälfte der Bevölkerung, in die Flucht getrieben hat. Der größere Teil von ihnen musste sich im Land selbst als Binnenflüchtling eine Bleibe suchen, der kleinere Teil – etwa vier Millionen – ging außer Landes, vor allem in den Libanon, nach Jordanien und in die Türkei. Überhaupt bleiben die meisten Flüchtlinge in ihrer Heimatregion; auch damit hängt es zusammen, dass 84 Prozent der Menschen, die weltweit auf der Flucht sind, sich in Entwicklungsländern befinden. Dennoch kamen allein im Jahr 2015 2,5 Millionen Flüchtlinge nach Europa; 40 Prozent von ihnen suchten in Deutschland Zuflucht. Nach den Vorstellungen der EU-Kommission hätte Deutschland weniger als die Hälfte aufnehmen sollen. Das unterstreicht die Ausnahmesituation, die in diesem Jahr entstanden ist.

Diese Ausnahmesituation erforderte eine außergewöhnliche Kraftanstrengung, der das Wort von Angela Merkel gewidmet war: „Wir schaffen das.“

Illustration: Reiner Schwalme

Die Bereitschaft sich einzusetzen, hat seit September 2015 eine erstaunliche Bewegung in Gang gebracht. In Steglitz-Zehlendorf haben in kurzer Zeit 3000 Geflüchtete in 14 Unterkünften Zuflucht gefunden. Mehrere hundert unbegleitete Jugendliche kommen dazu, die in verschiedenen Wohnungen untergebracht sind. Ein Willkommensbündnis hat sich gebildet, an dem christliche Gemeinden einen wichtigen Anteil haben. In Orten wie Teltow, Kleinmachnow, Stahnsdorf, Großbeeren oder Güterfelde sind ebenfalls Hunderte von Flüchtlingen angekommen. Die Website des Evangelischen Kirchenkreises Teltow-Zehlendorf ist die erste Adresse, auf die man stößt, wenn man sich darüber kundig machen will.

Nach wie vor ist das große Maß bürgerschaftlicher Initiative und der große Anteil unserer Gemeinden an dieser Initiative bewundernswert und ermutigend. Zugleich sind die außerordentlichen Bemühungen seit September inzwischen einer längerfristigen Betrachtungsweise gewichen. Sie hat mit der Frage zu tun, was geschehen muss, damit die Bereitschaft zu Empathie und Solidarität dauerhaft erhalten werden und die Integration derer, die sich auf längere Frist in Deutschland aufhalten, faktisch geleistet werden kann. Eine Antwort lässt sich nur finden, wenn Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammenwirken – und wenn die Überzeugungskraft dieses Zusammenwirkens so stark ist, dass eine Polarisierung der Gesellschaft verhindert oder jedenfalls gemäßigt wird.

Wenige Hinweise zu den staatlichen Aufgaben sollen genügen. Die Zuwanderung steuert man nach meiner Überzeugung nicht durch die Definition von Obergrenzen, sondern durch die Bändigung von Fluchtursachen und die Einhaltung des Rechts. Auf der Agenda der Staatengemeinschaft müssen Kriege, Bürgerkriege, politische Verfolgung und Unregierbarkeit als hauptsächliche Fluchtursachen wahrgenommen und in gemeinsamen Anstrengungen überwunden werden. Die gemeinsame Verantwortung dafür, gefährdete Bevölkerungsgruppen zu schützen, muss verstärkt ins öffentliche Bewusstsein treten. Die Vereinten Nationen müssen diese Responsibility to Protect zu einer ihrer Kernaufgaben machen.

Im Recht der Europäischen Union wie im innerstaatlichen Recht müssen die humanitären Verpflichtungen des Asylrechts und des subsidiären Schutzes von Kriegsflüchtlingen ernst genommen werden. Aber zur Geltung des Rechts gehört auch, dass die Zurückweisung von Flüchtlingen, die nach transparenten, rechtsstaatlich korrekten Regeln keine Aufnahme finden können, auch tatsächlich erfolgt und durchgesetzt wird. Diese Regeln werden zur Zeit teilweise schon deshalb ignoriert, weil die korrekte Registrierung von Flüchtlingen und die Durchführung von Asylverfahren weit hinter der Zuwanderungsdynamik zurückbleiben. Weitere rechtliche und bürokratische Hindernisse kommen dazu. Doch ein Mangel an rechtsstaatlicher Klarheit und Konsequenz kann am Ende auch die Fähigkeit lähmen, Menschen die Hilfe zukommen zu lassen, auf die sie dringend angewiesen sind.

Das Zusammenspiel von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zeigt sich am deutlichsten im Blick auf die praktischen Probleme der Aufnahme, der Unterbringung und der Integration von Flüchtlingen. Es ist bewundernswert, wie viele Menschen sich die Idee der Willkommenskultur zu eigen gemacht und sich an praktischen Initiativen beteiligt haben. Durch praktisches Handeln haben sie erreicht, dass die spöttische Rede von „Gutmenschen“ verstummt und diese diffamierend gemeinte Bezeichnung zum Unwort des Jahres erklärt wurde. Die Bemühung um Menschlichkeit findet wieder Anerkennung. Sie wird in vielfältigen Formen praktiziert: Einzelne nehmen Flüchtlinge in ihre Häuser auf und erleben das Zusammenleben als Bereicherung. Andere begleiten unbegleitete Jugendliche auf dem Weg zu einer Ausbildung und einer beruflichen Perspektive. Hunderttausende setzen ihre Zeit dafür ein, Flüchtlinge willkommen zu heißen, ihre Unterkünfte vorzubereiten, für Kleidung und Essen zu sorgen, sie auf Wegen zu Ämtern oder Ärzten zu begleiten, ihnen Deutschunterricht zu geben, mit ihren Kindern zu spielen, ihnen Zugang zu unserer Kultur zu verschaffen. Sie spenden das Kostbarste, was wir Menschen haben: nämlich ihre Zeit. Das Ausmaß, in dem Menschen ihre Zeit spenden, ist für mich das Wunder des Jahres 2015. Deshalb ist für mich persönlich nicht das Wort „Flüchtling“, sondern „Zeitspende“ das Wort des Jahres 2015.

Die Bewegung, die in diesem Wort zum Ausdruck kommt, darf nicht abbrechen. Das hat vor allem zwei Gründe. Zum einen kann man leicht erkennen: Wenn nicht eine genügende Zahl von Ehrenamtlichen sich die anstehenden Aufgaben teilt, werden die Engagierten bald überlastet und ausgebrannt sein; dahin darf man es jedoch nicht kommen lassen. Zum andern bedarf es vor allem für die Integration und Förderung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen ehrenamtlicher Mentoren, die Begleiter für eine Person oder eine Familie sind, sie mit unserer Kultur vertraut machen und auf dem Weg der Ausbildung und Berufsfindung begleiten. Die Roland-Berger-Stiftung schätzt, dass im Durchschnitt jeder 20. Deutsche sich als ein solcher Mentor engagieren müsste, wenn wir dieser Aufgabe gerecht werden wollten. Doch durch diese Zahl sollte man sich nicht abschrecken lassen. Ein Aufruf von Service-Klubs, Parteien, Kirchen, Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Organisationen kann eine Bewegung in Gang bringen, die einer verbreiteten Mutlosigkeit in unserer Gesellschaft entgegenzuwirken vermag.

Kirchengemeinden haben an vielen Orten im Einsatz für Flüchtlinge wichtige Aufgaben übernommen. Sie haben an Erfahrungen angeknüpft, die sie schon in den vergangenen Jahrzehnten im Einsatz für Asylsuchende – bis hin zum Kirchenasyl – gesammelt haben. Sie knüpfen an die biblische Einsicht an, dass Flucht eine Menschheitserfahrung ist: „Wie ein Vogel, der aus seinem Nest flüchtet, ist ein Mensch, der aus seiner Heimat fliehen muss.“ Aus dieser Menschheitserfahrung, die schon das Alte Testament beschreibt, ergibt sich das ebenfalls bereits alttestamentliche Gebot: „Wenn ein Fremdling bei euch wohnt in eurem Lande, den sollt ihr nicht bedrücken. Er soll bei euch wohnen wie ein Einheimischer unter euch, und du sollst ihn lieben wie dich selbst; denn ihr seid auch Fremdlinge gewesen in Ägyptenland. Ich bin der Herr, euer Gott.“

Der Einsatz für Flüchtlinge hat den christlichen Kirchen in den letzten Monaten an manchen Orten zu neuer Sichtbarkeit verholfen. Das ist eine wichtige Brücke zu den Flüchtlingen. Denn bei vielen von ihnen stößt Religiosität auf Respekt. Das gilt nicht nur für die muslimische Mehrheit unter den Flüchtlingen, sondern auch auf das Viertel unter ihnen, das christlichen Kirchen angehört – eine bemerkenswerte, bisher noch nicht zureichend beachtete Zahl. Die Studie der Roland-Berger-Stiftung macht in diesem Zusammenhang auf Folgendes aufmerksam: Das weitgehende Fehlen von Religiosität im Alltag der Deutschen steht für die Neuankömmlinge in seltsamem Kontrast zu den zahlreichen wuchtigen Kirchenbauten, die ihren ersten Eindruck von Deutschland prägen. Wir halten es für notwendig, dass die christlichen Kirchen Flüchtlingen bewusst ihre Türen öffnen und ihnen zeigen, dass unsere Kultur, unser Werteverständnis seine Wurzeln in der christlichen Lehre hat. Die gleiche Würde der Verschiedenen und die Liebe zum Mitmenschen sind die Kernstücke der christlichen Lehre, die bei einer solchen Sicht vor allem im Blick sind.

Neben der Erinnerung an die Aufgaben des Staates und dem Lob auf die Zivilgesellschaft muss auch ein Hinweis auf die Aufgaben der Wirtschaft stehen. Für manche Branchen ist der Zustrom von Flüchtlingen ein Wachstumstreiber. Die Immobilien- und Ernährungswirtschaft kann man dafür als naheliegende Beispiele nennen. Im Blick auf diese Dynamik werden beispielsweise die acht Milliarden Euro, die allein im Bundeshaushalt 2016 für die Integration von Flüchtlingen eingestellt

Damit Integration gelingt, müssen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammenwirken

wurden, ihre Wirkung nicht verfehlen. Auch auf dem Arbeitsmarkt entsteht Bewegung, wie die zusätzlich notwendigen Stellen für Lehrer, für Mitarbeiter des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, für Sozialarbeiter oder Polizisten zeigt. Aber die Integration der Flüchtlinge selbst in den Arbeitsmarkt lässt sich nur gestalten, wenn bürokratische Hemmnisse wie die Vorrangprüfung abgebaut werden und insbesondere junge Flüchtlinge bei der Aufnahme einer Ausbildung eine längerfristige Perspektive haben können, für die von der Wirtschaft eine Mindestdauer von fünf Jahren (drei Jahre Ausbildung, mindestens zwei Jahre Beschäftigung) angegeben wird. Solche Bemühungen müssen in eine aktive wirtschaftliche Entwicklung eingebettet sein, in der die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen einen hohen Rang hat. An dieser Stelle verbindet sich die Herausforderung durch die Zuwanderung von Flüchtlingen mit der ebenso großen Herausforderung, die Digitalisierung verantwortlich zu gestalten, statt sie wie ein Naturereignis zu behandeln.

Das sind große Aufgaben. Ihre Bewältigung ist nicht selbstverständlich. Die Parole „Wir schaffen das“ ist kein Selbstläufer. Aber so sehr mich in den vergangenen Monaten die Einsatzbereitschaft vieler Menschen für diese Aufgabe gefreut, ja innerlich berührt hat, so sehr hat mich die Verdrossenheit beunruhigt, in der ein Teil unserer Gesellschaft schon im Vorhinein zu wissen meint, dass wir das nicht schaffen können. Das hat mich an das Bild der Deutschen erinnert, das manche Besucher erhalten, die unser Land von außen sehen. Ihnen kommt das Deutschland unserer Tage gelegentlich „reich, alt und mutlos“ vor. Denjenigen, die auch den Umgang mit Flüchtlingen zu einem Beweis für dieses Bild benutzen wollen, sollten wir ein anderes Bild entgegenstellen: das Bild eines Landes, das sich seiner Stärken bewusst ist, aber sie nicht besserwisserisch, sondern mit selbstverständlicher Empathie für den Mitmenschen einsetzt, das Bild eines Landes, das bereit ist, mit anderen zu teilen, ein Land, das vor jungen Menschen, die hinzukommen, keine Angst hat, sondern eine Chance zum Miteinander der Generationen sieht, ein Land, das die Verdrossenheit hinter sich lässt und Mut zur Zukunft fasst.

Als Kirche können wir dazu beitragen, indem wir uns an dem Geist orientieren, der uns durch den Monatsspruch für den Januar 2016 mitgegeben wird: Gott hat uns nicht einen Geist der Verzagtheit gegeben, sondern einen Geist der Kraft und der Liebe und der Besonnenheit.

Wolfgang Huber war von 1994 bis 2009 Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz und von 2003 bis 2009 Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche Deutschlands. Die hier abgedruckte Rede hat er auf dem Neujahrsempfang des Kirchenkreises Teltow-Zehlendorf gehalten. *Foto: Mike Wolff*

DER TAGESSPIEGEL

ZEITUNG FÜR BERLIN UND DEUTSCHLAND

Pflichtblatt der Börse Berlin

Verleger: Dieter von Holtzbrinck

Herausgeber: Giovanni di Lorenzo, Sebastian Turner

Chefredakteure: Stephan-Andreas Casdorff, Lorenz Maroldt

Stellvertretender Chefredakteur: Arno Makowsky

Berater der Chefredaktion: Gerd Appenzeller

Geschäftsführender Redakteur: Dr. Christoph von Marschall

Leitende Redakteure: Ingrid Müller, Gerd Nowakowski; Lutz Haverkamp (Newsroom), Malte Lehming (Meinung), Norbert Thomma (Sonntag)

Autoren: Harald Martenstein, Dr. Hermann Rudolph

Ressortleitungen: Politik: Juliane Schäuble; Berlin: Robert Ide; Wirtschaft: Kevin P. Hoffmann, Heike Jahberg; Sport: Friedhard Teuffel; Kultur: Christiane Peitz, Rüdiger Schaper; Wissen/Forschen: Dr. Hartmut Wewetzer

Verantwortliche Redakteure: Katja Füchsel (Die Dritte Seite); Dr. Moritz Schuller (Meinung/Politische Literatur), Dr. Anja Kühne (Bildung); Ralf Nestler (Forschen); Dr. Joachim Huber (Medien); Rolf Brockschmidt (Beilagen/Sonderthemen); Ulrich Amling (Ticket/Spielzeit); Ingo Bach (Gesundheitsprojekte); Stephan Wiehler (Projekte/Entwicklung), Christian Tretbar (Online)

Redakteure für besondere Aufgaben: Dr. Peter von Becker (Kulturautor), Dr. Elisabeth Binder, Armin Lehmann, Bernd Matthies, Jost Müller-Neuhof (Rechtspolitischer Korrespondent), Harald Schumann, Helmut Schümann

Reporter: Werner van Bebber, Deike Diening, Caroline Fetscher, Sven Goldmann, Frank Jansen

Hauptstadtbüro/Agenda: Stephan Haselberger, Antje Sirleschtov (Leitung), Robert Birnbaum (Reporter)

Redaktionsbüros: Washington: Barbara Junge; Potsdam: Thorsten Metzner

Chefin vom Dienst: Patricia Wolf

Artdirektion: Ursula Dahmen, Bettina Seuffert

Fotoredaktion: Kai-Uwe Heinrich

Die Redaktionen von „Der Tagesspiegel“, Berlin, und „Handelsblatt“, Düsseldorf, kooperieren.

Verlag Der Tagesspiegel GmbH

Geschäftsführung: Florian Kranefuß

Verlagsleitung: Penelope Winterhager (Politik und Konzepte), Thomas Wurster (Projekte)

Vertriebs- und Marketingleitung: Sebastian Stier

Anzeigenleitung: Philipp Nadler

Unternehmenskommunikation: Sandra Friedrich

Registergericht: AG Charlottenburg 93 HRB 43850
Erfüllungsort und Gerichtsstand: Berlin-Tiergarten
Postanschrift: 10876 Berlin
Hausanschrift: Askanischer Platz 3, 10963 Berlin
Sammel-Telefon (030) 29021-0
Sammel-Telefax (030) 29021-12090
Internet-Adresse: http://www.tagesspiegel.de
E-Mail: redaktion@tagesspiegel.de
leserservice@tagesspiegel.de
Druck: Druckhaus Spandau, Brunsbütteler Damm 156–172, 13581 Berlin

Mitbegründet von Erik Reger und Walther Karsch, fortgeführt von Franz Karl Maier und Dieter von Holtzbrinck

Abonnentenservice: Tel. (030) 29021-500
Anzeigenservice: Tel. (030) 29021-570
Geschäftsstelle: Askanischer Platz 3, 10963 Berlin

Monatlicher Print-Abonnementpreis bei täglicher Erscheinungsweise: in Berlin und Brandenburg 44,40 € (Quartal 133,20 €, Halbj. 258,40 €, jährlich 506,20 €), überregional 44,70 € (Quartal 134,10 €, Halbj. 260,20 €, jährlich 509,60 €); Premium-Abo 46,60 € (inkl. „Zitty“ wöchentlich, nur in Berlin und Brandenburg, Quartal 139,80 €, Halbj. 271,20 €, jährlich 531,20 €); Wirtschafts-Kombiabo 45,40 € (inkl. „Tagesspiegel Köpfe“ sechsmal jährlich, Quartal 136,20 €, Halbj. 264,20 €, jährlich 517,50 €), überregional 45,70 € (Quartal 137,10 €, Halbj. 266,00 €, jährlich 521,00 €); Kombiabo mit „Bootshandel“ (einmal monatlich) 45,90 € (Quartal 137,70 €, Halbj. 267,10 €, jährlich 523,20 €), überregional 46,30 € (Quartal 138,90 €, Halbj. 269,50 €, jährlich 527,80 €); Studenten 22,20 € (Quartal 66,60 €, Halbj. 129,20 €, jährlich 253,10 €); Premium-Studentenabo 25,20 € monatlich (inkl. „Zitty“ wöchentlich, nur in Berlin und Brandenburg); Wirtschafts-Kombiabo Studenten 23,20 € (inkl. „Tagesspiegel Köpfe“ sechsmal jährlich); Kombi-Studentenabo mit „Handelsblatt“ börsentäglich einheitlich 40,60 € monatlich; inkl. 7% Umsatzsteuer und Zustellung innerhalb Deutschlands. E-Paper-Abonnementpreis 22,20 € monatlich; E-Paper-Zusatzabo zum Vollabo (Print) monatlich 4,40 € (inkl. 19% Umsatzsteuer). Die Abonnementgebühren sind im Voraus fällig. Keine Ersatzansprüche bei Störungen durch höhere Gewalt. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 56.
Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Nutzungsrechte für elektronische Pressespiegel erhalten Sie über die PMG Presse-Monitor GmbH, Tel. 030 / 28 49 30 oder www.presse-monitor.de

Wir verwenden Zeitungspapier mit hohem Altpapieranteil

TAGESSPIEGEL.DE

LESERMEINUNG
Sie sind anderer Ansicht?
Dann schreiben Sie das auf! Beispiele von Leserkommentaren finden Sie hier:
www.tagesspiegel.de/lesermeinung

ANZEIGE